

Ständerat folgt alter Motion

Schmidt



Bestätigt. Roberto Schmidt sieht sich durch die Beschlüsse des Ständerates in seiner Meinung bestärkt.

Foto: foto wb

WALLIS/BERN | Dem aktuellen Entscheid des Ständerates zur Finanzierung des Strassenverkehrs griff Nationalrat Roberto Schmidt in der Tendenz bereits in einer Motion 2011 voraus.

«Manchmal brauchen gute Ideen eben etwas länger», liess sich der CSPO-Nationalrat aus Leuk in einem Kommentar zur Debatte des Ständerates zur Finanzierung des Strassenverkehrs in dieser Woche vernehmen. Die kleine Kammer hatte am Dienstag beschlossen, mehr Gelder aus der Bundeskasse frei zu machen, um eine Finanzierungslücke bei den Strassen zu verhindern. Dies unter

anderem durch eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages auf Treibstoffe. Der Ständerat entschied sich letztlich für eine Benzinpreiserhöhung von vier Rappen pro Liter. Dies nach heftiger Kritik in der Vernehmlassung. Ursprünglich hatte der Bundesrat eine Erhöhung des Benzinpreises von 15 Rappen pro Liter vorgeschlagen. In der Debatte wurde auch ein Zuschlag von sechs Rappen diskutiert. Schliesslich setzte sich der Antrag der Verkehrskommission durch. Mit vier Rappen pro Liter sollen die Autofahrer nicht allzu stark belastet werden.

Den dadurch entstehenden Einnahmeausfall will der Ständerat aus der Bundeskasse decken. Er beschloss, dem NAF (Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds) zusätzliche fünf Prozent der Mineralölsteuer zukommen zu lassen. Das macht jährlich rund 125 Millionen Franken aus, die heute direkt in die Bundeskasse fliessen.

Mehr Geld für die Strasse

Die Verschiebung von mehr Einnahmen aus der Benzinsteuer von der allgemeinen Bundeskasse direkt in die Finanzierung des Strassenverkehrs forderte Roberto Schmidt im Nationalrat in einer Motion vom 17. März 2011 bereits erfolgreich. Das Geschäft kam damals jedoch nicht zum Tragen, weil der Ständerat Schmidts Forderung ablehnte. Jetzt besserte er im Sinne Schmidts nach. Für Schmidt war schon vor fünf Jahren klar, «dass die drohende Finanzierungslücke beim Strassenverkehr neue Mittel erfordert». Und was lag da näher, als nach dem Prinzip der Nutzerfinanzierung vorzugehen.

Schmidt hatte 2011 gefordert, die Einnahmen aus der Mineralölsteuer neu zu verteilen. Und zwar zu 60 statt zu 50 Prozent zweckgebunden für den Strassenverkehr einzusetzen. Er verwies dabei auf Berechnungen des Bundes, der ab 2016 eine Lücke in der Strassenfinanzierung prognostiziert hatte. Zwischen 1959 und 1982 waren schon mal 60 Prozent der Mineralölsteuereinnahmen zweckgebunden für den Strassenverkehr eingesetzt worden. Die Mittel dienten in erster Linie dem Nationalstrassenbau. 1982 erfolgte die Korrektur zugunsten der allgemeinen Bundeskasse, weil sich langfristig überschüssige Strassenmittel abzeichneten.

tr

17. März 2016, 07:30